

Die Delegation des Zentralkomitees der SED informierte über die Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED, über die schöpferischen Leistungen der Werktätigen der DDR beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über die konsequente Friedenspolitik der DDR.

Beide Parteien stellen fest, daß dank den Anstrengungen der sozialistischen Länder, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung Veränderungen zugunsten des Friedens und des Fortschritts in der Welt erzielt wurden. Das dokumentiert sich in Europa besonders durch den Abschluß der Verträge der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen mit der BRD, das Vierseitige Abkommen über Westberlin, das Abkommen zwischen der DDR und der BRD sowie die Vereinbarungen zwischen der DDR und dem Senat von Westberlin und die immer stärkere Forderung zur Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit. Die Linkspartei-Kommunisten und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sind der Meinung, daß die Zeit reif ist, die multilateralen Vorbereitungen für die Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit zu beginnen. Die Konferenz sollte in diesem Jahre stattfinden.

Beide Parteien nehmen aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Forums der europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit, das im Juni dieses Jahres in Brüssel stattfinden wird, teil.

Die Linkspartei-Kommunisten und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erachten es im Interesse von Frieden und Sicherheit in Europa als dringend notwendig, daß die Verträge der UdSSR und der Volksrepublik Polen mit der BRD im Bonner Bundestag ratifiziert und in Kraft gesetzt werden.

Eine Voraussetzung für Frieden und Sicherheit in Europa ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aller Staaten, einschließlich der BRD, mit der DDR auf der Grundlage des Völkerrechts sowie die Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO und deren Spezialorganisationen.

Die Linkspartei-Kommunisten kämpft weiterhin für die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Schweden und der DDR. Dieser Schritt entspräche den Interessen des schwedischen Volkes.

Die Linkspartei-Kommunisten wird alles tun, damit die DDR gleichberechtigt an der UNO-Umweltschutzkonferenz in Stockholm teilnehmen kann.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Linkspartei-Kommunisten unterstreichen die Notwendigkeit der Einheit der kommunistischen Parteien und aller antiimperialistischen Kräfte und bringen die Überzeugung